

Mr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jährl. Zustellung 2,75 M., wozu
die Post 3,25 M., einsehlich Zustellungs-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Postämtern sofort angenommen.
Im ausländischen Bestellungen sind
unter „Sonder-Bezahlung“ eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Coucheingang:
„Sonder-Bezahlung“ gestattet.
Verlagsdirektor der Redaktion Nr. 2532;
Geschäftsjahre Nr. 176; Abrechnungsjahre
Nacht 24. Nr. 2268.

wirden die Spaltenpreise oder beim
Raum mit 30 Pfg., solche aus Stelle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von untern Annoncenstellen und
allen Annoncen-Expeditionen ange-
nommen. Restanten die Seite 75 Pf.
Er scheint wöchentlich fünfmal;
Sonntags und Montags einmal,
sonst dreimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Nr. Brauhausstraße 17;
Abrechnungsjahre: März 24.

Land-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Nr. 15.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 10. Januar

1906.

Die Wahlen in Frankreich.

In den letzten Tagen haben in Frankreich bedeutende
Wahlakte stattgefunden, und mehrere wichtige Wahlvorgänge
werden im Laufe dieser Woche geschehen. Zunächst gilt es
den alljährlichen Erneuerungstournee der Regierung des
Senats vorzunehmen. Es wählten 103 Senatoren gewählt
werden. Hierbei kam es darauf an, die Probe zu machen,
ob die Politik des Rouvierischen Kabinetts vom Lande ge-
billigt werde oder nicht. Die Probe ist zu Gunsten Rouvier's
ausgefallen. Das Bild der Zusammensetzung des Senats
hat sich kaum verändert. Die radikalen Elemente der linken
Seite haben eine geringfügige Vermehrung auf Kosten der
republikanischen republikanischen Gruppen erfahren. Im
wesentlichen aber ist die Parteigruppierung, auf welche
Rouvier sich nach dem Ministrikt Combes stützt, geblieben.
Das Hauptinteresse wandte sich naturgemäß der Wahl des
Herrn Fallières, des vorjährigen Senatspräsidenten, zu, der
für die Nachfolgerschaft des Präsidenten Loubet in Aussicht
genommen ist. Die Steigerung des Interesses wachte dabei
geradezu dramatisch. Fallières, dessen Gesicht in dem
Departement Lot et Garonne entschieden wurde, erhielt dort
513 von 682 abgegebenen Stimmen, also eine überwiegende
Majorität. Er hat sich nun zunächst seinen Präsidenten-
posten im Senat wieder zu erringen, für den die Wahl heute
stattfindet. Inzwischen hat die Deputiertenkammer bereits
ihre Präsidentenwahl erledigt und wieder wurde der demo-
kratische Eigenbrötler Doumer mit Unterstützung der Rechten
gegen den Kandidaten der Linken Sarrien zum Präsidenten
der Kammer gewählt. Die eigenartige Situation dauert
also an, daß der Kammerpräsident nicht aus der Regierung-
mehrheit stammt, sondern durch eine Kombination von
persönlichen Freunden mit den oppositionellen Mitgliedern
der Rechten und der Mitte aus der Kammerpräsidenten
erhalten wird. Dringt nun Fallières im Senat durch, und
seine Wiederwahl als Senatspräsident ist demnach wahr-
scheinlich, aber nicht zweifellos, so hat die äußerlich stän-
dige Wahl zum Präsidenten der Republik sich in der
Hauptstadt mit diesen beiden Kandidaturen zu befassen, mit
der Doumer's und Fallières'.

Es ist ein erbitterter Kampf, der sich in diesen rasch sich
folgenden Wahltagen abspielt. Die radikale Republik hat
sich mit Entschiedenheit von den Fortschreitenden und die
Lebenskraft der Republik hemmenden Bekandteilern der
Rechtsseite frei zu machen gesucht. Die Trennung des
Senates von der Kirche ist durchzuführen. Die Parteien der
Rechten, die Nationalisten, Merikalen und Melinisten haben
eine Aderfrage nach der anderen erlassen und sind nun,
auf ihre äußerste Entscheidung, herbeizuführen. Dabei
kommt ihnen die auswärtige Politik zu Hilfe. Sie malen
die Gefahr an die Wand, in welche die französische Nation
durch einen angeblich geplanten deutschen Überfall gebracht
werden müßte, und sie fügen sich dabei auf das Gebaren der
Antimilitaristen, die durch ihre überpannen Sozialtheorien
das Nationalgefühl heraufzudenken. So schwanzt nun
sichtlich bedenklich der Untergrund des Gebäudes, auf
welchem der Combismus eine feste Gebäude aufbaute. Der
zum Teil herausgeforderte, zum Teil künstlich erregte
Patriotismus verlangt leicht einen Teil der Bevölkerung
nach rechts; was aber für die kriegerische Stimmung
der Parteien der Rechten, für die zentrumspolitische
Tendenz der Melinisten, die sich reorganisiert haben,
gewonnen wird, geht von dem innerlich nicht mehr so un-
bedingt begeisterten Volk der Linken weiter verloren. So
findet man hinter den Wahlkämpfen, hinter der Schürung
des Patriotismus, hinter dem Eifer gegen die Antimilitaristen,
hinter der Erregung einer deutsch-feindlichen Stimmung,
durch welche dem Combismus und dem Trennungsgesetz
ein Ende vorbereitet werden soll, römisch-jesuitische Einflüsse
ausfließen, denen selbst das Mittel einer Vergebung Frank-
reichs gegen Deutschland gerade das passende erscheint, um
der Reaktion in Frankreich wieder einmal zum Siege zu
verhelfen.

Die Präsidentenwahlkandidaten Doumer und Fallières
sind die Typen der Gegenseite, die sich in dieser Bewegung
gegenüberstehen, in der inner- und außerpolitische Momente
charakteristisch zusammenwirken. Es ist kein Wunder, wenn
bei der Unklarheit, die sich in den Reihen der Linken immer
mehr bemerkbar macht, der Gedanke an eine Wiederwahl
Loubet's stark ventiliert wurde. Er wurde durch Kombes's
Abfrage erledigt. Nun hat Doumer's erneuter Kammerbesitz
die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation aus neue
Klargete. Freilich hoffen die radikalen Deputierten auf ein
günstiges Resultat für ihren Kandidaten. Und da in letzter
Stunde auch Jaures sich von den antimilitarischen Fall-
fälliden freizumachen verstanden hat, so kann die Wahl
Fallières als aussichtslos bezeichnet werden. Aber ein
großer und bedeutender Wahlsieg wird ihm wohl schwerlich
zuteil werden. Die Macht der Widerkräfte, die sich gegen
die radikale Republik regt, darf jedenfalls nicht gering
geachtet werden. F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Aus New York wird telegraphisch: Kaiser Wilhelm machte
den neuen lutherischen Kirche in New York eine Visite zum
Gebirge, die in einem feierlichen Begräbnis gipelte und auf
dem Friedhof in der Ebene ein bleibendes Denkmal des Kaisers erricht.
Wilhelm I. R. verließ N. Y. 12. 1. 06. Er über der Gänge eine
gewisse Anwesenheit, das man hofft, und nicht zweifel an
dem, das man nicht zweifel.

— Die bekannte Sozialistin Klara Zetkin ist nach einer
Leidung aus Stuttgart schwer erkrankt und in Gefahr,
das Augenlicht völlig zu verlieren. Eine Operation blieb erfolg-
los. Eine zweite Operation steht bevor.

Kaiser Wilhelm und der Cumberlander.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt:
Der „Hannoversche Courier“ gibt eine Erzählung wieder,
wonach die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Herzog
von Cumberland in Kopenhagen am 2. d. d. durch den Kaiser
zurückgewiesenen Verlangen des Herzogs, als regierender Fürst
empfangen zu werden, gelehrt ist. Die Erzählung ist in
allen Einzelheiten erfinden. Weber hat der Erzählung ein solches
Bekanntes gestellt, noch hat der Kaiser eine drastische Gegen-
frage an ihn richten lassen. Ein Einfluß auf die Abreise oder
Nichtabreise des Herzogs von Kopenhagen vor der Ankunft
des Kaisers ist von keiner Seite in keiner Form ausgesprochen
worden. Im übrigen nimmt der „Hann. Courier“ mit Recht
an, daß in der „Johannisten Botschaften“ und drittem
keine Änderung eingetreten ist.
Stetzu bemerkt der „Hann. Cou.“:
„In diesem Bericht ist der Sinn unserer Ausführungen in
der Abendausgabe vom 4. Januar teilweise mißverständlich.
Daß der Kaiser eine drastische Gegenfrage — sie sollte gelautet
haben: „Worüber regierst du denn?“ — an den Herzog von
Cumberland habe richten lassen und daß von deutscher
Seite ein Einfluß auf Gehen oder Bleiben des Herzogs in
Kopenhagen geübt worden sei, war in jener Mitteilung nicht
beabsichtigt worden, allerdings aber, daß die Ablehnung jenes
von dem Herzog gestellten Verlangens durch den Kaiser den
ersten bekannt hat, seinen Aufenthalt in Kopenhagen ab-
zubrechen. Die Mitteilung selbst war aus einer Seite
zugegangen, die einen Zweifel an ihrer Richtigkeit ausspricht.“

— „In diesem Bericht ist der Sinn unserer Ausführungen in
der Abendausgabe vom 4. Januar teilweise mißverständlich.
Daß der Kaiser eine drastische Gegenfrage — sie sollte gelautet
haben: „Worüber regierst du denn?“ — an den Herzog von
Cumberland habe richten lassen und daß von deutscher
Seite ein Einfluß auf Gehen oder Bleiben des Herzogs in
Kopenhagen geübt worden sei, war in jener Mitteilung nicht
beabsichtigt worden, allerdings aber, daß die Ablehnung jenes
von dem Herzog gestellten Verlangens durch den Kaiser den
ersten bekannt hat, seinen Aufenthalt in Kopenhagen ab-
zubrechen. Die Mitteilung selbst war aus einer Seite
zugegangen, die einen Zweifel an ihrer Richtigkeit ausspricht.“

— „In diesem Bericht ist der Sinn unserer Ausführungen in
der Abendausgabe vom 4. Januar teilweise mißverständlich.
Daß der Kaiser eine drastische Gegenfrage — sie sollte gelautet
haben: „Worüber regierst du denn?“ — an den Herzog von
Cumberland habe richten lassen und daß von deutscher
Seite ein Einfluß auf Gehen oder Bleiben des Herzogs in
Kopenhagen geübt worden sei, war in jener Mitteilung nicht
beabsichtigt worden, allerdings aber, daß die Ablehnung jenes
von dem Herzog gestellten Verlangens durch den Kaiser den
ersten bekannt hat, seinen Aufenthalt in Kopenhagen ab-
zubrechen. Die Mitteilung selbst war aus einer Seite
zugegangen, die einen Zweifel an ihrer Richtigkeit ausspricht.“

Das Finanz-Exposé des Herrn v. Meinhoben.

Das Finanz-Exposé, mit dem Herr von Meinhoben gestern im
Abgeordnetenhaus die Verhandlungen des Etats für 1906 ein-
leitete, unterschied sich wenig von den gleichen Ausführungen
des Finanzministers in den Vorjahren. Wir haben nach wie
vor in Paragraph 11 des Exposé's trotz gelassener Ausnahmen
und härterer Sprachverwendungen der preussischen Finanzen durch
die Bedürfnisse des Reichs und Thuns auch den neuen Etat um
192 Millionen Mark reduziertere gegen das Vorjahr anstalten.
Der Ueberschuß für das abgelaufene Rechnungsjahr mit mehr
als 30 Millionen Mark konnte trotz Erhöhung der Betriebsmittel
für die Eisenbahnen um circa 14 Millionen über den Etat und
Anrechnung gesunderer Marktarbeiträge wie gewöhnlich
wesentlich durch Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung trotz der
durch den Streik der Bergarbeiter in Höhe von 12 Mill. Mark
berechneten Ausfälle und durch Mehreinnahmen bei den direkten
Steuern von circa 10 Millionen erzielt werden. Auch das
Jahr 1905 ist als ein wirtschaftlich günstiges für die Industrie
und Gewerbe als das Landwirtschaf zu bezeichnen, in dem die
voranschreitliche Mehrerlöse der direkten Steuern von
14 1/2 Millionen Mark gekennzeichnet wird.

Das Gemüt des Finanzministers bedrückte sichtlich die erhöhten
Marktarbeiträge; sie legen ihm den wiederholten Wunsch nahe,
ein festes Verhältnis zum Reich zur Stärkung des föderativen
Gebankens besonders im Interesse der Kleinrenten herbeizuführen,
was Herr von Meinhoben mit einem warmen Appell an das
allmächtige Zentrum befürwortete.

Bei dem neuen Etat wird trotz der Bevölkerung des politischen
Horizonts auf immer gehobenes und widerstandslos wirtschafts-
liches Leben vertraut; insbesondere wird der Industrie das Ver-
trauen geschenkt, daß sie die Schädigung durch die neuen Handels-
verträge vermöge ihrer Stärke und Anpassungsfähigkeit entgegen
werde. Die Wirkungen der neuen Handelsverträge kommen ins-
besonder nicht nur hinein, sondern auch bei der Domänenverwaltung
zum Ausdruck, die seit längerer Zeit größere Erträge bei der
Neuverpachtung infolge der erhöhten Erzeugung der Einnahmen
aus der Landwirtschaft erlangt.

Der Etat, der nächstens 3 Milliarden Mark erreichen wird,
zeigt im übrigen so ziemlich dasselbe Bild wie in den Vorjahren:
Allseitig gesteigerte ökonomische und außerökonomische Ausgaben,
die nur zum geringen Teil durch Erträge in gleichen Ausmaß
nur bestialt des Elementarrisiko zu decken ist eine härtere
finanzielle Alimentierung, zum Teil im Hinblick auf das neue
Schuldenhaltungsgebot, zu konstatieren, ohne daß die Erhöhung
als eine ausreichende bezeichnet werden kann.

Durchreichung der Schulvorlage.

Es handelt sich jetzt bei den Vorträgen der Majoritäts-
parteien des preussischen Abgeordnetenhauses, zugleich mit
den Etatsberathungen auch die Beratungen über die
gelauten übrigen größeren Vorlagen insb. des Schul-
haltungsgebotes zu kontingieren, keineswegs
mehr um einen bloßen Fächer, sondern man will eben gegen
den Widerspruch der Parteien der Linken verfahren, den in
seiner Einzelheit bereits festgestellten Kontingierungsplan
durchzuführen, und will auch vor einer Majorisierung der
widerstehenden Parteien nicht zurückweichen. Bis zum
6. d. d. 10. sollen neben dem Etat also diese Gebots-, Schul-
haltungsgebot-, Einkommensteuernebel-, Kreisabgabengesetz usw.
von dem Abgeordnetenhaus erledigt sein, damit sie sofort an
das Bundesparlament zu gelangen können. Für die zweite Lesung des
Schuldenhaltungsgebotes im Bund haben die
Männer des linken Gedankens nachstehend ganze vier Tage
bewilligt. Es ist also zu erwarten, wie wir es unmittelbar nach
der ersten Lesung des Schuldenhaltungsgebotes vorausgesehen
haben. Die Majoritätsparteien, insb. des Zentrums und, wie es
scheint, leider auch eines Teiles der Nationalliberalen, werden
von dem in Berücksichtigungstücken — wie die verlassene Schul-
vorlage — wird in der Durchführungsstrategie gleich gut be-
wunderter Herr v. Bethold ins Schlepp nehmen lassen und
wollen noch vor Herten mit allen diesen Vorlagen seinen Tisch
machen. Ob ihnen das bezüglich des Schuldenhaltungsgebotes

so leicht gelingen wird, wie die Herren angezeichnet scheinen, wird
erst noch abzuwarten sein.

Gegen die Schulvorlage.

Der nationalliberale Landtagsabg. Schiffer hatte im
Bericht letzter Woche zum Schuldenhaltungsgebot gesagt: „Der
Zweck dieses Gesetzes ist nicht die Erleichterung der Schulden-
haltung, sondern die Erleichterung der Schuldenzahlung.“
In der von Schiffer vorgetragenen Rede, wie sie in dem histo-
rischen Bericht des Abgeordnetenhaus' Aufnahme gefunden
hat, findet sich dieser Satz aber nicht. Abg. Schiffer hat nun
auf dem Parteitag der rheinischen Nationalliberalen erklärt,
er habe mit der Korrektur nicht andeuten wollen, daß er keine
Uebersetzung in dieser Frage gemacht habe. Wenn
aber diese Uebersetzung, wie die Vorrede der Vorrede vornehmen
haben sollte, so ist es gefährlich, um die richtigen, unrichtigen
und falschen Ausdruck der Schuldenhalter muß aus dem
Gesetz heraus“, so hinzusetzen, wie er von mir gemeint war.
Aus einer Erklärung dieser Vorrede folgenden sachlichen Grund
herausstellen, das kann ich nicht für loyal erklären. Ich nehme
aber diese Maßnahme, zumal öffentlich zu erklären, daß der
Verständlichkeitsgründe, wenn er nicht das Gesetz in Schulden
den Vorbehalt soll, aus dem Gesetz heraus muß, daß er dann
nicht im Gesetz gebildet werden kann.
Eine außerordentliche Tagung des Provinzialparlamentes der
rheinischen Zentrumspartei, die am 4. d. d. unter dem
Vorbehalt des Reichs- und Landtagsabg. Trimborn in Köln statt-
fand, erweiterte der Köln. Volksstimme zufolge eingehend das
Schuldenhaltungsgebot. Die Veränderung ließ auf eine
einmütige klare Bestätigung des Gesetzesentwurfs hinaus.

Politikerkongress.

Die Verl. Korrespondenz meldet: Im Hinblick auf die frühere
Besprechungsart wird nochmals daran hingewiesen, daß die
Tatsache und Vorschriften des geltenden Politikerkongress nicht auf
alle Waren Anwendung finden, die bis zum Ablauf des
28. Februar d. J. die Zollgrenze überschritten haben, sondern
gemäß § 9 des Verzeichnisses vom 1. Juli 1869 nur auf
diejenigen, die bis zum 28. Februar d. J. (einschließlich) bei der
Ausfuhr die Zolltarife zur Vermeidung, zur Abfertigung
auf Verzeichnis II oder zur Vermeidung auf Verzeichnis I
angewandt sind und zur Abfertigung erklärt worden; doch nach
dem 28. Februar die Abfertigung erfolgt, ist für die An-
wendung des geltenden Tarifs nicht erforderlich. Aus der ge-
richtlichen Vorrichtung ergibt sich nicht anderem, daß alle Waren, die
bei Beginn des 1. März d. J. in öffentlichen Niederlagen,
Verbindungen oder Veräußerungsgegenständen mit oder ohne amt-
lichen Mitbeweis, oder in den Verträgen vorläufiger Konten
vorhanden sind, bezugslos alle Waren, die zwar vor dem
1. März d. J. auf Verzeichnis I oder Verzeichnis II und Ladungs-
verzeichnis abgefertigt, aber erst nach dem 28. Februar d. J. zur
weiteren Abfertigung angeordnet und gestellt werden, den Tarifs-
sätzen und Vorschriften des neuen Tarifs unterliegen.

Die Demonstrationen am 21. Januar.

Was die für Leipzig am 21. Januar angelegten Wahlrechts-
demonstrationen anlangt, so läßt sich sagen, daß sie vollstän-
dig nicht verboten werden sollen, aber es wird sofort eine
geschehen werden, wenn sie einen aufreizenden, staatsfeindlichen
Charakter annehmen. Nach den Bestimmungen geplante Um-
züge werden nicht gestattet und gegebenenfalls mit Gewalt ver-
hindert werden.
Der sozialdemokratische Landesausch in Sachsen-Weimar
erklärt, Wahlrechtsdemonstrationen bereits erwidern zu haben;
der 21. und 22. Januar konnte hierfür aus tatsächlichen Gründen
nicht in Betracht kommen. In Weimar wurde wieder eine
Versammlung mit dem Thema „Rußland oder Sachsen-Weimar“
abgehalten.

Der Breslauer Skandal.

Aus Breslau wird gemeldet, daß auch die drei anderen Mit-
glieder der Arbeiterdeputation beim Oberbürgermeister
Bender die Kündigung erhalten.

Die Kurven in Deutsch-Ostafrika.

Der Nordostafrikaner Markt, Kommandant des Kreuzer
„Gurard“, meldet, daß der Resident Wächolz von der dritten
Kompanie des zweiten Seeabteils aus einer Expedition in
den Matumbibergen verunglückt ist. Sein Leibes-
schmerz einen Fuß in der Nähe der Station Siamanga
fürzte er ins Wasser und ertrank.

Parlamentarisches.

— Wie in Reichstag bekannt, soll die Duell-Inten-
sifikation des Zentrums noch in dieser Woche, wahrscheinlich
am Donnerstag oder Freitag zur Verhandlung kommen.
— Im Abgeordnetenhause hofft man am Dienstag,
den 16. Januar, die Generaldebatte zum Etat erledigt zu haben;
dann sollen, wie wir schon früher meldeten, die Sitzungen im
Bund ausfallen, um den Kommissionen Zeit zur Beratung zu
gewähren.

Religion und Konfession.

— Wie die „Allg. Ztg.“ erzählt, hat Herr Dr. Schärer
in Wittenberg in Baden, der eine Frau deshalb von der
Kommunion ausgeschlossen, weil ihr Mann, der Polizeidirektor
der Gemeinde, ein nationalliberaler Mann austrägt, einen so-
genannten Schuldenhaltungsgebot angetreten, den er in einem
Kloster andringt.

Schulwesen.

— Die Erziehung einer partikelliberalen höheren Mädchenschule.
Bei der Beratung wurde der partikelliberale Charakter der
Schule klar bekämpft.

Kommunales.

— Ueber die Auslösung von Stadtverordneten
hat kürzlich das Oberverwaltungsgericht eine Ent-
scheidung gefällt, die für weitere Stelle Interesse hat. Es wird
darüber, wie wir der „Allg. Rundschau“ entnehmen, berichtet,
zu Ende 1903 haben in Kaufm. Burg neben den Einwohnern
Ausschüsse auch noch Wahlen zur Vertretung der Stadtver-
ordnetenversammlung statt. Als dann im Jahre 1904 von Mo-
naster eine Auslösung derjenigen Stadtverordneten vor-
genommen wurde, welche 1905 und 1907 auszuwählen sollten, trat

auch den Stadtbewohnern nicht das Recht, der in der Gesamtgemeinde geltend gemachten Ansicht nachzugeben, sondern die Stadtverordneten gegen die Ausübung nicht zu ermitteln, es sei, wobei die Ausübung nicht zu ermitteln, es sei, wobei die Ausübung nicht zu ermitteln, es sei...

Die deutschen Gewerkschaften gegen die Drahtsteuer.

[Nachdruck verboten.]

Hg. Berlin, 8. Januar.

Eine Protestkundgebung gegen die Erhebung der Drahtsteuer hatten die vereinigten Gewerkschaften Deutschlands auf heute nachmittag einberufen. Von dem zahlreich erschienenen Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der die neue Drahtsteuer, die Erhebung ist voll anerkannt. Gegen 5 Uhr eröffnete der Vorsitzende des deutschen Gewerkschaftsbundes, A. Klinge...

Die Beschlüsse der Stadtverordneten der Stadt Mühlhausen, die am 15. Januar in Mühlhausen stattfanden und sich mit dem Schullehrerbund beschäftigten, haben die städtischen Gemeindefunktionäre der Stadt Mühlhausen abgelehnt. Der mündliche Bescheid hatte die in der Stadtvorstandsversammlung beschlossene, die am 15. Januar in Mühlhausen stattfanden und sich mit dem Schullehrerbund beschäftigten, haben die städtischen Gemeindefunktionäre der Stadt Mühlhausen abgelehnt...

Finanz- und Steuerwesen.
Der Verein der Bilanzrevisorien von München hat sich an die Reichsfinanzverwaltung gewandt, um die Erhebung der Einkommensteuer durch die Bilanzrevisorien zu verhindern...

Industrie und Handel.
Der Reichstag ging ein Gesetzentwurf in betreff der Veredelung der Gewerbesteuer in den Ausschuss für Finanzen ein. Der Entwurf enthält die Bestimmungen, die am 1. März 1906 in Kraft treten sollen...

Polizei.
Nach der „Z. B.“ ist von Kultusminister an die Regierungen der Provinzen eine Verfügung ergangen, die betont, daß es in der Provinz besonders verboten erheide, die Schulzucht nicht mit väterlichem Ernst, aber auch mit väterlicher Freundlichkeit und väterlichem Wohlwollen zu handhaben...

Arbeiterbewegung.
Eine in Leipzig tagende Versammlung von Vertretern des deutschen Bergbauergewerks, Bergbau und Gewerkschaften, schloß eine Beschlüsse, eine Tariforganisation zu bilden, nach dem Willen des Bundespräsidenten...

See und Flotte.
Seitens der Armierung ist bekannt worden, daß der Mandanten Kinnikur der Feldanzug mitgenommen werden darf, die Mandanten auf dem See haben, während die bisher noch in der Verfertigung befindlichen Uniformen in Bezug auf die Verfertigung verändert werden sollen...

Der frühere Generalkonzeptschef der schlesischen Armee, Generalmajor v. Hartmann, Kommandeur der 9. Infanteriebrigade Nr. 64, ist seit dem 1. Dezember durch einen Nachfolger, den General v. Hartmann, Kommandeur der 9. Infanteriebrigade Nr. 64, ersetzt worden...

Kollektive Marine. „Charlotte“ ist am 6. Januar in Swinemünde eingetroffen und geht am 10. Januar von dort nach Kiel. „Blücher“ ist am 6. Januar in Swinemünde eingetroffen und geht am 10. Januar von dort nach Kiel. „Blücher“ ist am 6. Januar in Swinemünde eingetroffen und geht am 10. Januar von dort nach Kiel...

Kolonien.
Dem Reichstage ging ein weiterer Nachtrag zum Kolonialgesetz zu. Derselbe fordert 30,000,000 Mark zur Deckung des Preisverlustes für Subsidien...

Münchener, der schon Mitte der achtziger Jahre die Bewegung gegen die Drahtsteuer im Vordergrund hatte, hat sich in letzter Zeit für die Drahtsteuer interessiert. Die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich, und die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich...

Die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich, und die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich. Die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich, und die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich...

Deutscher Reichstag.

(Nachtrag zum Bericht der Morgennummer.)
(Eigener Bericht der „Sonder-Zeitung.“)

Nach der Rede des Hrn. Sied (Hr.) sprach Hr. Singer (Soz.): Ich will nicht über die Finanzreform im allgemeinen sprechen, sondern im wesentlichen die Drahtsteuer, die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer...

Die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich, und die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich. Die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich, und die Drahtsteuer ist eine der wichtigsten Steuern im Reich...

Konferenz kommunaler und gemeinnütziger Reichsausschüsse in Magdeburg.

[Nachdruck verboten.]

Hg. Magdeburg, 6. Jan.

Ueber die Erfahrungen auf dem Gebiete der Reichsausschüsse hielt Redakteur Dr. Stein im sozialen Museum in Frankfurt a. M. einen sehr beachtenswerten Vortrag. Die Reichsausschüsse sind eine der wichtigsten Institutionen im Reich, und die Reichsausschüsse sind eine der wichtigsten Institutionen im Reich...

auch besser. Ich meine daher, daß die vorerwähnten Kreisläufer sehr wohl zu fragen ist. Anders sieht es mit der Zinssteuer. Diese sehr bedauerliche Steuer ist zu schärfen, kann man die Steuerliche nicht ändern. Ist man dies, so schädigt man die Industrie und soziale Arbeiter. Dagegen kann man den Zoll auf ausländische Fabrikate erhöhen; ebensoviel höher wie etwas gegen die Zigarettensteuer. Für die allgemeine Handelssteuer sind wir nicht zu haben, da hierdurch der Mittelstand sehr geschädigt würde. Dasselbe gilt von der Verbrauchssteuer. Anders sieht es mit der Einkommensteuer. Die läßt sich erhöhen, denn die Einkommensteuern sind bei uns schon so wie im billiger wie anderswo. Allerdings muß man die 1. Klasse von der Steuer freilassen. Wenn man für die 2. Klasse einen Biennal, für die 3. einen halben und für die 4. einen viertel Biennal pro Kilometer festlegen und mit 10 Pfennigen wolle, so würde eine ganze Klasse herab kommen. Die Einkommensteuer können wir, sie würde nur Steuererleichterungen machen. Die Einkommensteuer akzeptieren wir und zwar in progressiver Form, je nach der Höhe der Einkünfte. Wir halten es sogar für eine Pflicht der bestehenden Klassen, mit der Sperrwilligkeit vorzugehen. Der Finanzminister wird zwar die Einkommensteuer der bestehenden Klassen und reduzierte uns, wie viel sie an Steuern zahlen könnten. Wenn diese Steuern sie aber nicht gebührt haben, ein großes Verdienen zu erwerben, so können die Erben auch dafür zahlen. Der größte Teil meiner Freunde ist auch für die Aushebung der Einkommensteuer auf die Deszendenden und Heiraten. Der Finanzminister nannte neulich Deutschland ein armes Land im Vergleich mit England und Frankreich. Dies ist nicht richtig. Deutschland ist eben zu reich für Frankreich und wenn die Einkommensteuer in der Weise, wie ich es angedeutet habe, ausgebaut wird, würde sie uns wohl 100 Millionen bringen, selbst wenn man die kleinen Einkommen freiläße. In Frankreich, wo die Einkommensteuer sehr hoch ist, bringt sie 200 Millionen. Darauf folgte, wie bereits gemeldet, die Beratung auf Milano.

Ausland.

Deutsch-englische Verständigungs-Aktion.

Eine Wohltätigkeitsgesellschaft in London genannt *United Order of Friends*, deren Mitgliederzahl einschließlich Frauen und Kinder annähernd eine Million beträgt, legte eine Resolution, in der sie ihre Mitgliedschaft auspricht über die beständigen Bemühungen eines Teils der Presse beider Länder, die doch leben, zwischen England und Deutschland Feindseligkeit heranzubringen. Die Gesellschaft bittet ausdrücklich darum, daß Herrscher Wilhelm und Königin Edward sowie die anderen Herrscher der Welt sich bemühen sollten, das gute Einverständnis zwischen den beiden Nationen zu fördern, und keine der vornehmlichen Interessen der durch die United Order of Friends repräsentierten Mittelklassen entgegengekehrte Politik zu befolgen.

Abgeschlossen dieser Resolution wurden an Kaiser Wilhelm, König Edward, den deutschen Reichskanzler Fürsten von Bismarck, ferner an den englischen Premierminister Campbell-Bannerman, an Balfour und andere gelangt.

Auf die Resolution ist an den Vorsitzenden der United Order of Friends folgende Antwort von dem deutschen Vizepräsidenten eingelaufen:

In Verantwortung Ihres Vizepräsidenten bitte ich Sie, Ihren Beifall davon in Kenntnis zu setzen, daß ich mit Vergnügen Ihre Resolution seiner Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck übermitteln werde, und daß ich der Überzeugung bin, daß die Wünsche guter Einwohner beider Nationen unseren beiden Völkern, wie sie in der Resolution der United Order of Friends zum Ausdruck kommen, von ihnen geteilt werden.

Carl Wolff-Metternich.

Der Wollmarkt in England.

Der Premierminister Campbell-Bannerman sagte in einer Rede, die er gestern Abend in Liverpool hielt, die von Balfour gegen die Abwesenheit erhabene Beschuldigung, daß sie die Verteilungsmittel des Reichs schwächen, sei grundlos. Auf Grund einer einschlägigen, freilichen Politik und gegenseitiger Anerkennung der überflüssigen Maßnahmen würde es weder für Frankreich noch für England eine Verengung der Bestimmungen abgeben.

Ein französischer Goldvorrat

von 250 Mill. Rubel.

Durch Intervention des Ministerpräsidenten Rouvier erhielt der ehemalige russische Finanzminister Kozlov in dem Russenklub in Paris einen Goldvorrat von 250 Millionen zur Tilgung des Russenloans.

Der französische Senat.

Ministerpräsident Rouvier führte in der gestrigen Eröffnungssitzung des Senats. Er gab in seiner Ansprache seiner Freude darüber Ausdruck, daß der russisch-japanische Krieg beendet ist und nicht das Verdienst hierfür dem Reichskanzler zuzurechnen. Der Redner sprach dann den Wunsch aus, daß für Frankreich mit Hilfe von liberalen Reformen eine bessere Zeit anbrechen möge. Rouvier erklärte weiter an die Schwerezeit des Jahres 1870 und verdammt die verbrecherischen Lehren, die leugnen, daß es ein Vaterland und eine Pflicht der Verteilung gibt; er begrüßte die Armee als Träger der glänzenden Nation und hoffte, daß der Senat, wie alle Völker ihre Pflichten einem Schicksalsteil unterstellt; der Krieg werde dann nur noch eine Erinnerung sein und das Recht werde in Wahrheit vor Gewalt gehen. Mehrere Sitzung heute.

Der „Antimilitarismus“ in Frankreich.

Im Verlaufe einer Verlesung des Senats des Jahresberichts, deren Zweck war, Einspruch zu erheben gegen die Verteilung mehrerer dem Senat angegebener Personen, nämlich der Präsident der Versammlung vor, daß die Anwesenden einen antimilitaristischen Vorschlag stellen unterzeichnen sollten. Rouvier, der in der Versammlung anwesend war, wurde aufgefordert, diesen zu unterzeichnen, lehnte jedoch unter lauten Tumult ab und erklärte, die Armee sei unumgänglich notwendig, um die von ihnen kommenden Angriffe zurückzuweisen.

Große Waffendiebstähle in Serbien.

Der „Stampa“ zufolge sollen in der staatlichen Waffenfabrik Krupjevoz in Serbien große Waffendiebstähle in die Tat verübt worden sein. Die Diebstähle seien angeblich im Einverständnis mit dem Kaiserlichen Konsul in Belgrad, der die Anwesenden einen hohen Betrag an Geld an sich verkauft worden. Der Direktor, sowie ein an den Diebstählen beteiligter Maschinenmacher sind verhaftet worden.

Serbisch-bulgarische Zollunion.

Im Zusammenhang mit den Fragen des serbisch-bulgarischen Zollunionsvertrages und Gerüchte über die Demission des serbischen Handels Ministers S. Jovanovic, aufgetaucht. Demgegenüber wird von amtlicher Seite erklärt, daß die vorzunehmenden Änderungen des Zollunionsvertrages keineswegs den Minderheit des Antimilitarismus nach sich ziehen werden. Die serbische Regierung sei noch den vertragsmäßigen Zulassbestimmungen zur Aufhebung des Zollunionsvertrages berechtigt. Weiter wird berichtet, daß dadurch die Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien durchaus nicht beeinträchtigt seien. Die Stellung des bulgarischen diplomatischen Agenten sei nicht im geringsten erschüttert. Daß die Durchführung des Zollunionsvertrages keine weiteren Folgen haben werde, erhalte aus der Tatsache, daß sich die serbische Regierung während der Belgradbesetzung überhaupt mit dieser Angelegenheit nicht befaßt hat, und daß ein Minister erst am Donnerstag abgetreten werde.

Die Erklärungen des serbischen Ministerpräsidenten gegenüber einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“ betreffen das Fehlenlassen der Zollunion zwischen Serbien und Bulgarien haben überall, besonders aber in Bulgarien die Regierungen getroffen, den größten Eindruck gemacht. In bulgarischen Regierungen beginnt man bereits den Wunsch der Verhandlungen zu bekennen, ebenso daß nicht, wie es die Möglichkeit der bulgarischen Minister bis zum letzten Augenblicke wünschte, die Beibehaltung „Handelsvertrag“ behaltend werde. Das Fehlenlassen der Zollunion durch Serbien dürfte die Stellung des bulgarischen Kabinetts erschüttern. Zwischen dem Fehlen Serbiens und dem König von Serbien hat ein telegraphischer Verständigung über die zu treffenden Maßnahmen stattgefunden.

Das Antimilitarische in Auecia.

Der Vizepräsident der Standard Oil Company, Noerck, in New York hat sich geweigert, sich von dem Spezialkommissionar vernehmen zu lassen, den der Gouverneur des Staates Missouri zur Untersuchung der beflaggten Verletzung des Antimilitarischen durch die Standard Oil Company und andere von ihm

abhängige Gesellschaften in Missouri ermahnt hat. Noerck ist nun von dem höchsten Gericht des Staates Missouri aufgefordert worden, heute die Gründe, auf die er seine Weigerung stützt, darzulegen.

Eine neue japanische Anleihe.

Der japanische Finanzminister in New York, Takahashi, teilt mit, Japan werde binnen kurzem im Anleihenmarkt ein neues Anleihen in Höhe von 215 Millionen Dollars ausgeben. Die Summe soll zur Verteilung von durch den Krieg entstandenen Ausgaben dienen; 75 Millionen davon sollen zur Bekämpfung der während des Krieges geleisteten Dienste verwendet werden.

Wetter-Aussichten.

am Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

11. Januar: Himmel milde, teils trübe, teils heiter, flacker Wind.
12. Januar: Wind, meist bewölkt, Niedererschläge, windig.
13. Januar: Heister Wind, bewölkt, vielfach Schnee, kalter.

Meteorologische Station zu Halle.

	9. Jan. (0 Uhr 12 Min. abg.)	10. Jan. (7 Uhr 12 Min. mrg)
Barometer Millimeter	745,0	742,6
Thermometer Celsius	3,2	4,9
Rel. Feuchtigkeit	85	82 1/2
Wind	SW 2	SW 1

Maximum der Temperatur am 9. Jan.: 5,2° C.
Minimum der Nacht vom 9. zum 10. Jan.: 3,4° C.
Niedererschläge am 10. Jan.: 7 Liter messbar; 1,2 mm.

Wetter: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Carl Beutinger; für Redaktionsarbeiten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Vögler; für den Kunstteil: Ernst Schöne; für den Sportteil: Carl Komacker. Druck und Verlag von Otto Vögler, Schilling in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Nervöse und Schwächliche lest diesen amtlichen beglaubigten Brief!

München, Hofstr. 11/0, 2. Sept. 1905. „Teile können es nicht sein, daß Sie diesen Brief vorzüglich wirkendes Mittel und mir sehr dankbar ist, da das mein Leben ein schweres Nervenerleben und Störung in der Ausbildung ist und bis jetzt jeder andere für trotzige und missgünstige, jeder ärztlichen Behandlung, sowie jedem anderen Mittel, wie Santoninen, bei Ihnen Bismarck nicht eine kleine Besserung ein, und zwar eine Besserung dadurch, daß ich etwas schlafte werde, mehr Appetit bekomme, auch nehme ich jetzt etwas an Gewicht zu und der Schlafgang bleibt nicht mehr so launig, er ist so sehr, gewiss auch ein Erfolg, wenn man annimmt, bei so schwerem Leiden diesen Erfolg erzielt ich mit keinem anderen Mittel. Ich bedauere nur, daß ich für diesen Brief jetzt keinen Leichter da ich aber auf das selbe einen sehr teuren Eindruck habe dadurch, daß ich wieder eine kleine Besserung eingetreten ist, so glaube ich an einen bedeutenden Erfolg. — Herrn Arnold Bedera, Waldenmeister (Göteborg), habe ich für so wertvoll Bismarck empfohlen. Dieser Herr hat Bismarck bereits angewandt, er hat es sehr, gewiss auch ein Erfolg, wenn man annimmt, bei so schwerem Leiden diesen Erfolg erzielt ich mit keinem anderen Mittel. Ich bedauere nur, daß ich für diesen Brief jetzt keinen Leichter da ich aber auf das selbe einen sehr teuren Eindruck habe dadurch, daß ich wieder eine kleine Besserung eingetreten ist, so glaube ich an einen bedeutenden Erfolg. — Herrn Arnold Bedera, Waldenmeister (Göteborg), habe ich für so wertvoll Bismarck empfohlen. Dieser Herr hat Bismarck bereits angewandt, er hat es sehr, gewiss auch ein Erfolg, wenn man annimmt, bei so schwerem Leiden diesen Erfolg erzielt ich mit keinem anderen Mittel.“

Bismarck ist erhältlich in Apotheken, Drogerien etc. (Verlangungswerte in Halle a. S.: Kronen-Apothek), das halbe Pfundstück zu 3 Mark, mit Postzuschlag, oder mit Aufschlag, erlesen aus Zuzahlung, letzteres als Vorkaufszahlung. Der Verkauf von Bismarck befindet sich in der Postkarte mit dem Bismarck-Brief über die von den Professoren, Ärzten und in Kranke erhaltenen etc. erzielten Erfolge.

Grosor

Räumungs-Gusverkauf.

ca. **16250** Meter **Engl. Tüll-Gardinen**
Besond. empfehle 2 Haupt-Qual. d. Mtr. regul. Preis regul. Preis
38 Pf. d. Mtr. 73 Pf. 45 Pf. d. Mtr. 85 Pf.

ca. **82500** Meter **Damen-Kleiderstoffe,**
Fantasiestoffe u. glatte Gewebe in schwarz u. allen neuen Farben
das Meter 35 Pf., 58 Pf., 60 Pf. und höher.

ca. **14000** Meter **Cretonne**
bestes Fabrikat, für Bettbezüge etc.
das Meter 35 und 28 Pf.

ca. **33000** Meter **Spitzen u. Einsätze,**
Valencienne und Spachtel, in nur besseren Genres und Qualitäten,
das Meter 5, 7, 10, 15, 25 Pf. u. höher.

ca. **15000** Stück **Damen-Herren-u. Kinder-Wäsche**
erstklassige Qualitäten, bis zur feinsten Art, zu enorm billigen Preisen.

ca. **2300** Meter **Satin-Damaste**
vorzügl. Qualität für Bettbezüge und Negligés
das Meter 38 Pf.

ca. **1000** Meter **Spachtel-u. Spitzen-Stoffe**
in nur modernen Dessins
das Meter 75, 65 und 60 Pf.

ca. **3000** Meter **Druck-Cachemire**
herrliche Dessins, extra prima Qualität, garantiert waschecht
das Meter 38 Pf.

ca. **16720** Stück **Damen- u. Mädchen-Schürzen,**
bestehend aus Haus-, Tüdel- und Kinderschürzen. Besonders empfehle einen Posten Hausschürzen und Kinder-Hängeschürzen
das Stück 25 und 18 Pf.

ca. **7000** Meter **Velour-Stoffe**
für Kleider und Morgenröcke
Prima Qualität extra preiswert, das Meter 9 u. 35 Pf.

Bitte die Schaufenster zu beachten!

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Bitte die Schaufenster zu beachten!

